

Cronberger Anzeiger

Anzeigebblatt für Cronberg,
Schönberg und Umgegend.



Ämtliches Organ der Stadt
* Cronberg am Taunus. *

Abonnementspreis pro Monat nur Mark 1.— frei ins
Haus. Neubestellungen werden in der Geschäftsstelle
sowie von den Trägern jederzeit entgegengenommen.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag abends.
Inserate kosten: die 5spaltige Petitzeile oder deren
Raum 30 Pfennige. Reklamen die Zeile 75 Pfennig

Postcheck-Konto: 21777 Frankfurt a. M.

Redaktion, Druck und Verlag von Adam Andrée.
Geschäftslokal: Ecke Bahn- u. Tanzhausstraße. Fernsprecher 104

Nr 14

Dienstag, den 3. Februar abends

32. Jahrgang 1920

Lokales.

* Die Freiwillige Feuerwehr hat am Sonntag ihre Jahresversammlung abgehalten. Sie zählt eben 79 Mitglieder, sodaß die Rotten voll besetzt werden können. Im vorigen Jahre fanden vier Übungen statt und die Revision des Kreisbrandmeisters fand die Wehr gut geschult. Zu zwei Bränden wurde alarmiert — am 29. Juni (Weißbach) und am 6. Juli (Wäcker Jahn) — und beide Brände schnell lokalisiert und abgelöscht. Zwei Führer- und zwei Mitgliederversammlungen, sowie eine Generalversammlung wurden abgehalten. Die Einnahmen betrugen einschl. des Saldoportrages von M. 71.43 aus der vorjährigen Abrechnung M. 238.06 und die Ausgaben 110.30. Die Unfallkasse hat M. 170.78 und beim Vorschußverein sind M. 223.06 angelegt. Für 25jährige treue Tätigkeit wurde dem Dachdeckermeister Friedrich Hahn ein Diplom überreicht.

* Das Bürgermeisteramt teilt uns mit, daß mit Wirkung ab 2. Februar 1920 für die Dienststunden die mitteleuropäische (deutsche) Zeit maßgebend ist.

* Die Post hat seit heute wieder Ab- und Zugänge mit der Cronberger Eisenbahn von Frankfurt. Die Eingänge werden vor- und nachm. zugestellt.

* Die Cronberger An- und Verkaufsgenossenschaft, e. G. m. b. H. hatte nach der jetzt im Genossenschaftsblatt veröffentlichten Juni-Bilanz 52 Mitglieder und an Einnahmen M. 5180.13. Die Ausgaben betrugen dagegen M. 4840.13. Der Gesamtbetrag der Hafisumme aller Genossen beträgt 5200 Mark.

* Die Keimfähigkeit des Samens läßt sich auf einfache Weise von jedermann leicht prüfen. Besonders dürfte sich der Versuch bei Gartensamereien lohnen. Man besuchte ein kreisförmiges Stück Pappendeckel oder einen Bieruntersatz aus Pappe und lege dieses angefeuchtete Stück auf eine Unterlage. Auf die weiße Fläche breitet man etwa 10 bis 15 Samenkörnchen aus, bedeckt dann die Unterlage mit dunklem Papier und stellt sie ins geheizte Zimmer. Schon nach 8—14 Tagen läßt sich feststellen, ob der Same gut keimfähig ist. Die meisten der Samenkörnchen sind dann gequollen oder gar geplatzt und kleine weiße Keimfäden werden sichtbar. Es läßt sich dann einwandfrei die Keimfähigkeit des Samens nach Prozenten ausrechnen.

* Ein Paar Schuhe 365 Mark, das wird für die neuesten Leistungen in dieser Branche verlangt. Da muß also jeden Tag eine Mark zurückgelegt werden, wenn man sich nach einem Jahr ein Paar Schuhe kaufen will. Unter diesen Umständen werden der Holzschuh und die Holzsandalen, die viele schon in die Kumpellammer geworfen hatten, bald wieder zu Ehren kommen.

* Die Beschlagnahme übergroßer Wohnungen. In letzter Zeit ist ein Urteil des Landgerichts zu Bremen vom 29. Oktober 1919 gegen den Bremischen Staat durch die Presse gegangen, wonach dem Bremischen Staat die Beschlagnahme von Wohnungen neben einem anderen Grunde auch deswegen untersagt wird, weil die Bestimmungen der Wohnungsmangelverordnung gegen den Artikel 153 der Reichsverfassung verstoßen sollen, nach dem eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung zulässig ist, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes

bestimmt. Die Beschlagnahme übergroßer Wohnungen ist nicht als die Vornahme einer privatrechtlichen Enteignung aufzufassen, sondern als ein öffentlich rechtlicher Akt, durch den dem Wohnungsinhaber eine öffentliche Last auferlegt wird. Deswegen kann der Artikel 153 der Reichsverfassung in diesem Falle keine Anwendung finden. Selbst wenn man aber annimmt, daß die Beschlagnahmeverordnung eine privatrechtliche Beschränkung des Eigentums ist und demgemäß Artikel 153 der Reichsverfassung Platz greift, so ist trotzdem dieser Artikel 153 nicht verletzt. Denn eine angemessene Entschädigung ist nur insoweit vorgeschrieben, als ein Reichsgesetz nicht etwas anderes bestimmt. Die Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 ist ein solches vollgültiges Reichsgesetz, da sie auf dem Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (R. G. Bl. S. 32 ff.) beruht, das nach wie vor unbestritten in Gültigkeit ist.

* Der Februar oder Hornung ist die Brücke vom Winter zum Frühling. Der Landmann will den Februar ebenso wie den Januar trocken und kalt. In der Regel bringt die Mitte des Februar noch Schnee und Eis — Die Witterung des Monats Februar soll in diesem Jahre am Anfang und Ende gelind sein. Um die Mitte des Februar sollen leichte Schneefälle von sehr kurzer Dauer eintreten.

— Die Bauernregeln vom Monat Februar lauten: St. Dorothee (6.) bringt den meisten Schnee. — Ist's am St. Matthias kalt — hat die Kälte noch lang' Gewalt. — Wenn's der Hornung gnädig macht, — Bringt der Lenz den Frost bei Nacht, — Lichtmeß im Klee, Ostern im Schnee. — Wenn im Hornung die Schnaken geigen, — so müssen sie im Winter schweigen. — Wenn's nicht vorwintert und auswintert, — so nachwintert es gern. — Im Februar muß die Vech' auf die Heide, — mag's ihr sein lieb oder leid. — Gegen Ende des Monats macht sich die Kraft der Sonne mehr und mehr bemerkbar. Die Frühlingshoffnung kommt zum Durchbruch, den drückt der Winter noch so sehr mit trostlosen Gebärden, — Und kreut er Eis und Schnee umher, — es muß doch Frühling werden.

* Die Neuordnung der Rechtschreibung. Aus Berlin wird gemeldet: Nachdem der ständige Reichsschulenausschuß im Herbst vorigen Jahres zur Frage der Neuordnung der deutschen Rechtschreibung die Aufgabe des von der Reichsregierung einzuberufenden sachmännischen Ausschusses zunächst dahin eingeschränkt hatte, daß er vorläufig nur die grundsätzliche Frage prüfen solle, innerhalb welcher Grenzen sich diese Neuordnung zu vollziehen habe und inwieweit dabei mehr den Wünschen der Lauttreuen oder der geschichtlichen Richtung zu folgen sei, hat dieser Sachverständigenausschuß jetzt in zweitägiger eingehender Beratung, an der sich auch Herren aus Österreich und der Schweiz beteiligten, für die Neuordnung der Rechtschreibung Gesichtspunkte grundsätzlicher Art aufgestellt, die dem Reichsschulenausschuß zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden sollen. Die Befürworter der durchgreifenden Neuordnung bildeten die Mehrheit des Ausschusses. Doch soll neben dem Vertreter der Mehrheit auch ein Vertreter der Minderheit berichten, damit im Reichsschulenausschuß auch deren Gründe eingehend zu Gehör gebracht werden.

Zum Leben brauchst Du Brot und Kohle
aus den Abstammungsgebieten.
Sib Deine

Grenz-Spende

für die Volksabstimmungen
auf Postcheckkonto Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schulbund, Berlin NW 52

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 20. Juli 1916 über Speisefette und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen, sowie auf Grund der Verordnung über die Preise für Butter vom 24. August 1917 wird hiermit unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen für den ganzen Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes angeordnet:

§ 1. Der Erzeuger-Höchstpreis für Vollmilch beträgt für das Liter 80 Pfennig ab Stall. Für Vollmilch, welche auf Anordnung der zuständigen Stellen an wichtige Versorgungsgebiete zur Lieferung kommt, wird ein Zuschlag von 10 Pfennig je Liter ab Stall gewährt.

§ 2. Der Kommunalverband stellt allmonatlich mit Genehmigung der Bezirksfettstelle fest, welches Mindest-Lieferungs-Soll je Kuh zu erfüllen ist. Derjenigen Kuhhalter, welche dieses Lieferungs-Soll erfüllt haben wird eine Prämie von 10 Pfennig gewährt.

§ 3. Für Magermilch beträgt der Erzeuger-Höchstpreis 40 Pfennig je Liter ab Stall oder ab Molkerei. Für durch Molkereien gelieferte Magermilch kann der Kommunalverband bei Einreichung eines festzusetzenden Mindest-Liefer-Solls eine Prämie bis zu 10 Pfennig je Liter bewilligen.

§ 4. Der Butterpreis beträgt 10 Mark je Pfund ab Erzeugerstelle. Für durch Molkereien gelieferte Butter kann durch den Kommunalverband ein Zuschlag bis zu 1 Mark je Pfund festgelegt werden.

§ 5. Die in dieser Bekanntmachung oder auf Grund dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1917 (R. G. Bl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 725) 23. März 1916 (R. G. Bl. 183) vom 22. März 1917 (R. G. Bl. S. 253) und 8. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 395).

§ 6. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.
Wiesbaden, den 10. Januar 1920.

Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht.

Königstein i. T., den 19. Januar 1920.

Der Landrat: Jacobs.

Zur Bestreitung der Mehrausgaben, die seit Beginn dieses Rechnungsjahres infolge der allgemeinen Preissteigerung und der wirtschaftlichen Aufgaben auf allen Gebieten der Verwaltung erwachsen sind, haben die städtischen Körperschaften

